

MARKUS C. KERBER

# DER DEUTSCHE SELBSTMORD

WIE UNSER LAND IN  
DER CORONA-KRISE FÜR  
EUROPA GEOPFERT WIRD

FBV

MARKUS C. KERBER

**DER DEUTSCHE  
SELBSTMORD**

**WIE UNSER LAND IN DER CORONA-KRISE FÜR  
EUROPA GEOPFERT WIRD**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im  
Internet über <http://d-nb.de> abrufbar.

**Für Fragen und Anregungen:**

[info@finanzbuchverlag.de](mailto:info@finanzbuchverlag.de)

Originalausgabe, 3. Auflage 2021

© 2021 by FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH  
Türkenstraße 89  
80799 München  
Tel.: 089 651285-0  
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Korrekturat: Silvia Kinkel

Umschlaggestaltung: Marc-Torben Fischer

Umschlagdesign: [verbum-berlin.de](http://verbum-berlin.de)

Abbildungen im Innenteil gestaltet von Tobias Prießner

Satz: Röser MEDIA GmbH & Co. KG, Karlsruhe

Druck: CPI books GmbH, Leck

ISBN Print 978-3-95972-408-1

ISBN E-Book (PDF) 978-3-96092-759-4

ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-96092-760-0

*Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter*

**[www.finanzbuchverlag.de](http://www.finanzbuchverlag.de)**

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter [www.m-vg.de](http://www.m-vg.de).

---

# INHALT

---

Vorwort von Derk Jan Eppink, Mitglied des Europäischen Parlaments: Will Deutschland in der Europäischen Union aufgehen?

Einführung: Worum es in diesem Buch geht

## 1. KAPITEL

Deutschland in der Krise: Sorglose Unterlassung, föderalistische Anarchie, nationale Selbstaufgabe?

## 2. KAPITEL

Die Corona-Krise: Das gefundene Fressen für die Feinde der deutschen Demokratie

Macron befiehlt, Deutschland folgt?

Vertrauensbruch ohne Sanktionen: Die Mutlosigkeit der deutschen Demokratie gegenüber ihren Feinden

Macrons und Merkels »Wiederaufbaufonds«: Die EU endgültig auf dem Weg zur Schuldenunion

## 3. KAPITEL

Land ohne Parlament? Wie der Bundestag abdankt

## 4. KAPITEL

Außerhalb jeglicher Kontrolle: Die EZB unter Lagarde wird endgültig zum Diktator

## 5. KAPITEL

Statt deutscher Interessen: Der Glaube an Europa, die EU-Kommission und ihre Präsidentin

## 6. KAPITEL

Aufbruch statt Abdankung: Sollte Deutschland die EU verlassen?

## 7. KAPITEL

Souveränität oder Selbstaufgabe?

Epilog: Befindet sich Europa im Niedergang? Ist Deutschland dekadent?

Was sagt die Philosophie zu dieser Fragestellung?

Was sagt die Ökonomie zur Dekadenz?

Liegt in der Demokratie der Keim zur Dekadenz?

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Anlagen

In dankbarer Erinnerung an Jacques Lovergne (1955-2018)  
Franzose, Europäer, *camarade*<sup>1</sup>

»Wir wollen gehört werden, denn wir reden als Warner, und immer ist die Stimme des Warners, wer er auch sei und wo sie auch immer erklinge, in ihrem Rechte; dafür habt Ihr, die Ihr aneredet werdet, das Recht, Euch zu entscheiden, ob Ihr Eure Warner als ehrliche und einsichtige Männer nehmen wollt, die nur laut werden, weil Ihr in Gefahr seid, und die erschrecken, Euch so stumm, gleichgültig und ahnungslos zu finden. Dies aber dürfen wir von uns selbst bezeugen, daß wir aus reinem Herzen reden und nur soweit dabei das Unsere wollen und suchen, als es auch das Eure ist – nämlich die Wohlfahrt und die Ehre des deutschen Geistes und des deutschen Namens.«

*Friedrich Nietzsche, Mahnruf an die Deutschen<sup>2</sup>*

»Dennoch vergesse ich auch hier nicht ganz, daß es beinahe zur deutschen Humanität gehört, sich undeutsch, selbst antideutsch aufzuführen; daß eine den Nationalsinn zersetzende Neigung zum Kosmopolitischen nach maßgeblichem Urteil vom Wesen der deutschen Nationalität untrennbar ist; daß man seine Deutschheit möglicherweise verlieren muß, um sie zu finden; daß ohne einen Zusatz von Fremden vielleicht kein höheres Deutschtum möglich ist; daß gerade die exemplarischen Deutschen Europäer waren und jede Einschränkung ins nichts als Deutsche als barbarisch empfunden hätten.«

*Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen<sup>3</sup>*

---

VORWORT VON DERK JAN EPPINK,  
MITGLIED DES NIEDERLÄNDISCHEN  
PARLAMENTS (2. KAMMER), BIS 2021  
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS: WILL DEUTSCHLAND IN DER  
EUROPÄISCHEN UNION AUFGEHEN?

---

In einem ordnungsgemäßen parlamentarischen Regierungssystem ist das Parlament eine Institution, die gegenüber der Regierung ein echtes Gegengewicht bildet. So gibt es einen permanenten Widerstreit zwischen den Mitgliedern des Parlaments, die eine Regierungskoalition unterstützen, und jenen Parlamentsabgeordneten, die in Opposition zur Regierung stehen. Die Opposition kritisiert zu weitreichende Politiken, übermäßige Haushaltsausgaben und Gesetzesakte, die über die verfassungsrechtlichen Kompetenzen hinausgehen.

Die Europäische Union ist kein Staat. Aber sie betrachtet sich als ein »Staat im Werden«. Sie beansprucht Kompetenzen und Befugnisse, die normalerweise der Staatlichkeit vorbehalten sind, wie »europäische Regierung«, »europäische Steuergesetzgebung« und »europäische Armee«. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wird der Ausdruck der »europäischen Souveränität« von europäischen Föderalisten – also Anhängern eines EU-Bundesstaates – benutzt, um europäische Staatlichkeit zu fordern. Dies ist das

föderalistische Mantra der »immer engeren Union« als dem überragenden Governance-Prinzip der EU.

Das Ergebnis: Das Europäische Parlament ist ein Parlament ohne Opposition. Von den gewählten Mitgliedern dieses Hauses wird erwartet, dass sie die Cheerleader europäischer Staatlichkeit sind. Diejenigen, die in diesen Refrain nicht einstimmen, werden missachtet, ignoriert oder lächerlich gemacht. Nach Ansicht der Brüsseler Bürokratie werden sie im Mülleimer der Geschichte verschwinden.

Am 19.02.2009 adressierte der damalige tschechische Präsident Václav Klaus einen Reality Check an das Europäische Parlament. »Hier wird nur eine einzige Option der Politik vorangebracht. All diejenigen, die es wagen, über andere Optionen nachzudenken, werden als Feinde der europäischen Integration etikettiert.« Klaus sprach aus Erfahrung. »Vor nicht allzu ferner Zeit lebten wir in unserem Teil Europas in einem politischen System, das keine Alternativen erlaubte und daher auch keine parlamentarische Opposition kannte. Wir lernten anhand dieser Erfahrung eine bittere Lektion, nämlich dass es ohne Opposition keine Freiheit gibt. Daher müssen politische Alternativen existieren.«

Dies war eine bemerkenswerte, einmalige Rede. Niemals zuvor war ein eingeladener Redner bereit gewesen, dieselbe Institution, die ihn eingeladen hatte, in Anwesenheit ihrer Mitglieder zu kritisieren. Viele der Parlamentsabgeordneten ertrugen die Worte von Klaus nicht und begannen, ihn auszuhulen. Andere verließen die Räumlichkeit und schimpften in den Wandelgängen des Parlaments. Sie waren an die ewig selbe Formel gewohnt: »Wir sind gut. Wir brauchen nur mehr Macht für Europa.« Klaus sagte indes: »Da es kein europäisches Volk gibt und auch keine europäische Nation, kann dieses Manko auch nicht durch die

Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments repariert werden. Es würde - ganz im Gegenteil - das Problem schlimmer machen.« Der Name von Klaus wird in Brüssel nur mit Bestürzung und Verachtung erwähnt. Sein Name ist aus dem Haus der Europäischen Geschichte entfernt worden. Dieses Haus der Europäischen Geschichte, als Teil des Gebäudekomplexes des Parlaments, soll nichts anderes befördern als das Europäische Parlament selbst.

Das Europäische Parlament bekleidet eine Schlüsselposition im Gleichgewicht der Gewalten innerhalb der europäischen Institutionen. In diesem Gleichgewicht haben die Mitgliedstaaten eine besondere Funktion, insbesondere Deutschland und Frankreich, die stärksten Aktionäre der EU und gleichzeitigen Wettbewerber. Zurzeit hält Frankreich Schlüsselpositionen inne und verfügt innerhalb des institutionellen Gewaltenkonglomerats über eine Hegemonie: Frankreich nominierte Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission, es schubste den frankophonen Belgier Charles Michel in die Position des Ratspräsidenten und vor allem war Frankreich in der Lage, Christine Lagarde an die Spitze der Europäischen Zentralbank zu befördern. Diese Ernennungen erlauben es Frankreich, über eine einmalig starke Machtposition in Brüssel zu verfügen. Frankreich hat nunmehr einen ganzen Instrumentenkasten, um seinem Ziel, das es unter dem Banner der europäischen Souveränität verfolgt, näher zu kommen: Die Schaffung gemeinsamer europäischer Schulden, die Transfers von Finanzressourcen vom Norden zum Süden und die Einführung von EU-Steuern.

Deutschland ist ein Staat, der sich ausmanövriert hat. Traditionell betrachtet, führte Frankreich das Wort in der Kommission, und Deutschland beherrschte das Parlament:

Mit starken Vertretungen von drei deutschen Parteien – CDU/CSU, SPD und FDP – steuerte Deutschland die drei wesentlichen Gruppen im Europäischen Parlament: die Christdemokraten, die Sozialisten und die Liberalen. Diese Gruppen bildeten im Parlament die Mehrheit. Berlin konnte so das Stimmverhalten im Parlament stark beeinflussen. In den 1980er- und 1990er-Jahren zog es Berlin vor, belgische Vorsitzende an der Spitze der EVP-Fraktion zu sehen. Sie waren »loyale Offiziere«, die die Wünsche des Bundeskanzleramtes ernst nahmen – egal, ob die CDU/CSU oder die SPD in Berlin an der Macht war. 2001 verwarf das Europäische Parlament knapp die Take-over-Richtlinie, welche von der deutschen Regierung abgelehnt wurde. Die »deutsche Maschine« hatte gute Arbeit geleistet. Das französische Kontingent von Parlamentsmitgliedern war über viele Gruppen verteilt. Jene Abgeordnete, die die Front National von Jean-Marie Le Pen vertraten, fielen aus dem Entscheidungsprozess heraus. Frankreich hatte keinen mit Deutschland gleichwertigen Block im Europäischen Parlament. In dem Maße, wie die Anzahl der Mitglieder des Parlaments auf 751 im Rahmen der EU-Erweiterung anwuchs, erodierte die relative Macht dieses deutschen Blocks. Newcomer landeten im Parlament: die Grünen, die Linke und die AfD. Sie führten zur Fragmentierung der deutschen Stimmenmacht. Während die AfD vom Rest der deutschen Parteien ignoriert wird, hat sich die CDU/CSU in den linken Mainstream des Europäischen Parlaments hineinlocken lassen und propagiert mit »europäischer Souveränität« die gesamte Wunschliste, die damit verbunden ist. CDU/CSU können den gegenwärtigen Trend ein bisschen verlangsamen, aber sie sind weit davon entfernt, ihn zu stoppen oder umzukehren, weil ihre Cheerleader sich gegenseitig im Europadiskurs übertreffen.

Das Europäische Parlament wird also von einer EU-Lobby ohne wirkliche Opposition betrieben. Widerspruch wird verworfen. Am 15. Januar 2020 nahm das Europäische Parlament die EntschlieÙung zu einer Konferenz über die Zukunft Europas an. Für die Mehrzahl seiner Mitglieder steht das Ergebnis schon fest. Es ist bereits in Stein gemeißelt, bevor die Konferenz überhaupt anfängt: »Mehr EU, mehr Macht und mehr Geld.«

Diese Mitglieder des Parlaments werden alles tun, und zwar unabhängig von den so entstehenden Kosten, um den natürlichen Defekt, auf den sich Klaus bezogen hat, zu überwinden: »Da es kein europäisches Volk gibt, kann es auch keine europäische Nation geben.«

In diesem Parlament gibt es keine Rolle für eine Opposition. Die Sprechzeit für opponierende Mitglieder wird strikt kontrolliert. Währenddessen wird den grünen Mitgliedern des Europäischen Parlaments erlaubt, das Plenum so lange, wie sie wollen, mit ihren Reden vollzuschütten. Schriftliche Fragen opponierender Mitglieder an die EU-Kommission erhalten keine ernsthafte Antwort. Anträge auf Gesetzesänderung werden routinemäßig abgelehnt. Die Autorität des Parlaments zur Überprüfung der Abgeordneten wird vor allen Dingen auf opponierende Mitglieder des Parlaments angewendet, wenn diese eine Veranstaltung organisieren. Geht es indessen um die Veranstaltung der Mitglieder der Pro-Europa-Koalition des Europäischen Parlaments, so sind dieselben Überprüfungsinstanzen auf beiden Augen blind. Für Deutschland bedeutet das: Seine Rolle in der EU wird durch den Einfluss der deutschen Parlamentsmitglieder marginalisiert. Ich war einst erstaunt, von einem deutschen Mitglied der Grünen zu hören: »Das Problem ist, dass es zu viele Deutsche gibt.« Ich fragte: »Meinen Sie das wirklich?«

- »Ja«, lautete die Antwort, »ich meine das wirklich ernst.« Mein Eindruck war, dass dieser Abgeordnete keinen Scherz machte. Die Grünen beliebten nicht zu scherzen.

Deutsche Politiker, ja sogar die gesamte politisch-kulturelle Elite, verfügt über keinerlei kulturelles Selbstbewusstsein. Man kann sie sehr leicht wegen der deutschen Vergangenheit erpressen, obwohl sie dafür keinerlei Verantwortung trifft. Sie ziehen es vor, sich selbst abzuschaffen, um als »die Guten« angesehen zu werden. Was hat das mit Realpolitik zu tun?

---

## EINFÜHRUNG: WORUM ES IN DIESEM BUCH GEHT

---

Unmittelbar nachdem die Europäische Kommission die Absicht bekundet hatte, im Wege eines »Wiederaufbaufonds« nach Ausbruch der Corona-Pandemie Süd- und Ostmitteleuropa mit großzügigen Transfers zu beglücken und zu diesem Zwecke eine Gemeinschaftsanleihe von 750 Milliarden Euro zu begeben, hatte der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Europäischen Parlament, der Niederländer Derk Jan Eppink, dem zuständigen Kommissar für Haushaltsangelegenheiten, Johannes Hahn aus Österreich, ein höfliches Schreiben gesandt. Hierin bat er um Erläuterung, auf welcher Rechtsgrundlage die bekundete Absicht der Europäischen Kommission beruhe, im Wege eines sogenannten »Next Generation EU-Wiederaufbauplans« in noch nie dagewesenem Umfang EU-Anleihen zu emittieren, für die alle Mitgliedstaaten der Union haften würden.

EU-Haushaltskommissar Hahn nahm sich für die Beantwortung des nicht unberechtigten Anliegens ungebührlich viel Zeit. Berechtigt ist dieses Anliegen schon deshalb, weil Art. 5 EVU klarstellt: Es gilt das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Das heißt, die Europäische Kommission und mit ihr die Europäische Union haben selbst in Krisen nicht die Befugnis, sich aus eigener Machtvollkommenheit neue Kompetenzen zu verschaffen.

Dies gilt insbesondere im Bereich des Haushaltsgebarens durch das strikte Prinzip der Eigenmittelfinanzierung. Die Mitgliedstaaten bestimmen über die der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel, die neben den Eigenmitteln die obere Grenze des finanziellen Handlungsrahmens der Union darstellen. Dies war bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie nicht nur politischer *consensus omnium*, sondern auch ganz herrschende Meinung in der einschlägigen juristischen Literatur. Art. 311 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) mit dem Hinweis darauf, dass die Europäische Union sich mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mitteln auszustatten befugt sei, ist keine Ermächtigung, sich im Wege von Anleihen auf den Kapitalmärkten Einnahmen zu verschaffen. Mit seiner späten Antwort am 7. September 2020 versuchte Haushaltskommissar Hahn, der eine aufschlussreiche akademische Vita hat,<sup>4</sup> die Bedenken des Abgeordneten Eppink zu zerstreuen.<sup>5</sup> Wider die ganz herrschende Meinung zur Interpretation der besagten Vorschrift des Art. 311 AEUV sei der Europäischen Union die Aufnahme von Fremdmitteln erlaubt. Im Übrigen sei dies schon häufig geschehen. Alles Weitere möge der Abgeordnete aus dem anliegenden Merkblatt über Fragen und Antworten zur geplanten Wiederaufbauanleihe entnehmen.

Stil- und Inhaltslosigkeit der Beantwortung einer Parlamentsanfrage durch den zuständigen Haushaltskommissar sind bezeichnend. Wo früher der Juristische Dienst der EU-Kommission wie ein Gralshüter der Verträge – vergleichbar mit der Glaubenskongregation des Vatikans – den Charakter der EU als Rechtsgemeinschaft wie seinen Augapfel hütete und eigenmächtige Kommissare auf die Grenzen der Verträge hinwies, wird heute Recht ganz

ungeniert gebrochen und dieser Rechtsbruch durch den Juristischen Dienst legitimiert.

Dies ist der qualitative Quantensprung in der Entwicklung der Europäischen Union. Was einst im Einvernehmen von sechs Nationen als Rechtsgemeinschaft begonnen wurde, weil Recht Grenzen setzt und die Nationen weiterhin Herren der Verträge bleiben wollten, hat sich aufgrund der Eigendynamik der Brüsseler Kommissar-Diktatur zu einem Herrschaftssystem ohne Grenzen und ohne jedwede Gewaltenteilung entwickelt. In Brüssel komplottiert die Kommission und das Brüssel-Europa - also auch das unrepräsentative Parlament - gegen die demokratisch legitimierten Vertreter der Nationalstaaten. Erstaunlich ist indessen, dass nicht nur die »Brüssel-Deutschen«, wie es der Deutschland-Experte Edouard Husson einmal weise formulierte, sondern auch bundesdeutsche Politiker wie Olaf Scholz den Selbstermächtigungen der Europäischen Kommission jubelnd zustimmen, um sie als den Anfang einer grandiosen politischen Entwicklung zu loben.

Nachdem die Bundeskanzlerin jahrelang Eurobonds wegen der damit verbundenen Gemeinschaftshaftung abgelehnt hatte, erklärte sie sich »auf Vorschlag« des französischen Staatspräsidenten dazu bereit, für den Wiederaufbaufonds eine Gemeinschaftshaftung zu akzeptieren. Gemeinschaftshaftung bedeutet, dass für den Fall der Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsverweigerung von Ländern wie Zypern, Griechenland oder Italien die verbleibenden Länder - wie die Niederlande und Deutschland - gesamtschuldnerisch einspringen müssen. Wer die Fragilität der öffentlichen Finanzen von Zypern, Griechenland oder Italien - ganz zu schweigen von Frankreich - kennt, der weiß, mit welcher Leichtigkeit diese Länder gesamtschuldnerische Verpflichtungen wie die

Wiederaufbauanleihe zu unterschreiben bereit sind. Nichts Geringeres gilt für Länder wie Polen, das nach wie vor der politischen Ansicht verhaftet ist, gegenüber Deutschland eine Riesen-Rechnung in Form von Reparationsansprüchen offen zu haben. Sie alle eint die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit, die Rückzahlung dieser Riesen-Summen für den Zeitraum von 30 Jahren sicherzustellen, und gleichzeitig die tiefe Überzeugung, dass Deutschland, die Niederlande und die skandinavischen Länder sowie Österreich politisch und moralisch verpflichtet seien, ihr Obligo in Gestalt von Gemeinschaftshaftung zu erfüllen.

Dass die Vertreter des Brüsseler Kommissar-Regimes ihre Stunde nutzen wollten, um Deutschland, die Niederlande und die anderen »geizigen Länder« (Dänemark, Finnland, Schweden) zu einer Gemeinschaftshaftung zu nötigen, zu der sie unter normalen Umständen nie bereit gewesen wären, belegt den Machthunger der Brüsseler Zentralgewalt. Dass die Kommission mit dem Lockmittel von Riesen-Transfers für die ostmitteleuropäischen Länder wie Ungarn und Polen dieselben bestochen hat, steht genauso wenig in Frage.<sup>6</sup> Wundersam ist indessen die Zustimmung zu dieser Politik in Deutschland. Von einzelnen kritischen Stimmen abgesehen,<sup>7</sup> hört man beim Finanzminister lediglich ein Jubeln über den Einstieg in die Gemeinschaftsschulden, so als ob Olaf Scholz eigentlich nicht deutscher Finanzminister wäre. Bei der mitregierenden CDU/CSU wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine Einmal-Anleihe handele, obschon jedermann weiß und die EZB-Präsidentin dies sogar proklamiert,<sup>8</sup> dass es sich um eine Roll-over-Finanzierung handelt, die auf ewig dem EU-Binnenmarkt einen fiskalischen Impuls geben solle.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Deutschen Bundestag zu. Er ist bei dieser Fragestellung in seinen Kern-verantwortlichkeiten gefordert. Das Bundesverfassungsgericht hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die gesamtstaatliche Haushaltsverantwortung als unveräußerliches Recht und Pflicht beim Bundestag liege. Doch die Gleichschaltung durch Regierungsparteien und die Europagläubigkeit von Oppositionsparteien wie Linke, FDP und Grüne dürften dafür sorgen, dass der Bundestag - wie auch bei anderen europäischen Fragestellungen - zum Mainzelmännchen-Club wird.

Daher ist es an der Zeit, die zerstörerische Kraft der »Wiederaufbauinitiative« der Europäischen Kommission näher zu beschreiben. Für Deutschland geht es um eine Weichenstellung. Will man in Europa aufgehen und sich in einen Bundesstaat integrieren, in dem Deutschland als Ganzes bestenfalls noch eine Provinz mit hohen Finanzbeiträgen zugunsten der Brüsseler Entscheidungsträger sein wird? Soll sich Deutschland ferner dem französischen Diktat beugen, wonach nur eine solche dienende Rolle Deutschlands historischer Verantwortung gerecht werde? Oder gibt es genug demokratische Observanz in deutschen Landen, um diesem einmaligen Abbau der Fiskaldemokratie entgegenzutreten? Bisher sieht alles danach aus, dass, wenn nicht die Deutschen, so doch ihre politischen Parteien Deutschland auf dem europäischen Opfertisch preisgeben. Dies ist ein untrügliches Symptom von Dekadenz. Fraglich ist, ob die Deutschen auf Dauer akzeptieren werden, dass ihr Land, ihre Demokratie, ihre Selbstbestimmung und ihre Selbstachtung zum Opfer eines Brüsseler Komplotts werden. Dieser Sorge sind die folgenden zeitdiagnostischen Überlegungen gewidmet. Sie

nehmen die Corona-Krise zum Anlass, um zu untersuchen, warum die Deutschen bislang vor den Brüsseler Machthabern so bereitwillig kapitulieren. Die Ursachen liegen tiefer, als wir meinen, und betreffen das Herrschaftssystem der Parteien und das nahezu fehlende Souveränitätsbewusstsein der Deutschen als Nation.